

Für den Abriss: Hauptausschuss spricht sich gegen Erhalt des Bahnhauses aus

Fronten in der Diskussion um den Erhalt der 111 Jahre alten Villa in der Karl-Liebkecht-Straße 130 in Falkensee-Finkenkrug nach wie vor verhärtet – Ende der Debatte zeichnet sich jedoch ab

Von Nadine Bieneck

Falkensee: Die Diskussion um den Erhalt des ehemaligen Bahnwärterhauses auf dem Grundstück in der Karl-Liebkecht-Straße 130 im Falkenseer Stadtteil Finkenkrug biegt auf die Ziellinie ein. Diese Signale strahlte sowohl die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am Montag als auch des Hauptausschusses am Mittwoch aus.

Überwiesen worden in die Ausschüsse war der Antrag von B90/Grüne & Jugendbündnis und Linke zu einem Moratorium gegen den geplanten Abriss der Villa erneut aus der jüngsten Stadtverordnetenversammlung (SVV) im Januar. Ausschlaggebend dafür: vor allem eine Petition, mit der sich 1145 Bürgerinnen und Bürger gegen den Abriss des Hauses aussprachen (MAZ berichtete).

„

Laut Protokoll wurde dies mündlich besprochen, es steht aber nicht im Beschluss.

Anne von Fircks (Grüne)

über den Abriss des Hauses in der Karl-Liebkecht-Straße 130

In einer Kampfabstimmung hatte sich am Montag der Stadtentwicklungsausschuss mit sechs Nein- und fünf Ja-Stimmen gegen eine Empfehlung des Antrags ausgesprochen.

Am Mittwoch nun beleuchteten im Hauptausschuss dessen Mitglieder in einer knapp einstündigen Debatte erneut die – sehr gegensätzlichen – Standpunkte zum Erhalt oder eben Nicht-Erhalt des rund 110 Jahre alten Gebäudes. Der Ausschussvorsitzende Hans-Peter Pohl (CDU) mahnte eingangs der Diskussion die mangelnde Effizienz zu dem Thema: „Wir haben uns jetzt schon sechs, sieben Mal in den Ausschüssen damit befasst. Das geht seit Monaten so. Es wäre schön, wenn wir das jetzt in der SVV zum Abschluss bringen können.“

Amid Jabbour (FDP) erklärte, dass seine Fraktion dem Antrag beitrete. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Anne von Fircks stellte anschließend klar, dass mit dem Beschluss zum Kauf des Grundstücks in der Karl-Liebkecht-Straße die Stadtverordneten mitnichten auch den Abriss des darauf befindlichen Gebäudes beschlossen hätten, wie es von verschiedenen Stadtverordneten zuletzt kolportiert worden war. „Laut Protokoll wurde dies mündlich besprochen, es steht aber



Die Stübing-Villa in Falkensee-Finkenkrug

FOTO: PRIVAT

nicht im Beschluss“, erklärte sie. Ihre Fraktionskollegin, die SVV-Vorsitzende Julia Concu, ergänzte, dass beim Kaufentschluss der SVV das Haus gar noch vermietet war. „Von Abriss war da so schnell erst mal keine Rede.“

Sie stimmte grundsätzlich Hans-Peter Pohl zu, dass über das Haus lange nicht gesprochen worden sei. „Das hat zweieinhalb Jahre niemanden interessiert“, hatte dieser die Diskussion kritisiert. „Die Verwaltung hat uns mitgeteilt, das Haus sei nicht erhaltenswert“, erinnerte sich Concu und berichtete, dass ihre Fraktion dann jedoch Hinweise von Bürgern erreicht hätten, die das Haus näher kennen würden und die Kommunalpolitiker darum baten, „sich das Gebäude noch einmal genauer anzuschauen“. Bei einem daraufhin durchgeführten Besichtigungstermin „waren wir sehr erstaunt, dass das Haus so gut erhalten war“, berichtete Concu.

Mit einem sehr ausführlichen Statement warb Bürgermeister Hei-

ko Müller (SPD) einmal mehr für den Abriss des Gebäudes, für den es viele gute Gründe gebe. So sei eine Nutzungsänderung aufgrund gesetzlicher Vorgaben und ohne Antragstellungen nicht so einfach möglich. Das betroffene Haus sei nie Teil eines Wohngebiets gewesen und befände sich im Außenbereich, für den entsprechende Gesetze zur Nutzung gelten. Mit der Einholung einer neuen Nutzungsgenehmigung müsste in dem Gebäude unter anderem Barrierefreiheit hergestellt werden. Dies sei aufgrund der Eigenheiten des Gebäudes („Das ist dafür viel zu kleinteilig.“) schlichtweg nicht möglich. Auch der Einrichtung eines Jugendclubs in dem Haus erteilte Müller eine klare Absage und wies zudem darauf hin, dass Versuche der Etablierung solcher Einrichtung in dem Stadtgebiet zuvor bereits gescheitert seien („Der hat an dem Standort nicht funktioniert, nachdem wir jahrelang versucht haben, hier einen Jugendclub zu stabilisieren.“).

Das Grundstück in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bahnhof Finkenkrug, auf dem das einstige Bahnwärterhaus steht, sei deshalb so wichtig für die Stadt, weil diese dort zuvor viele Jahre beim Erwerb von Schlüsselgrundstücken an den Bahnhöfen zur städtischen Weiterentwicklung gescheitert sei. „Dabei ging es uns nie um Wohnbetrieb, sondern um die Schaffung zusätzlicher Stellplätze“, betonte Müller. Speziell in Finkenkrug gehe es zudem auch „um die Ertüchtigung des kleinen, zarten Zentrums, welches wir dort haben und in dem es keinen Parkplatz gibt“.

Müller berichtete zudem von Klagen der Bewohner über Überlastungssituationen, denen man mit dem geplanten P&R-Parkplatz entgegenwirken wolle. Im Falle eines Erhalts des Hauses würde der Entwicklung der Parkfläche über Jahre hinweg ein Riegel vorgeschoben („Wenn das Haus als Wohnhaus gewidmet wird, können wir nicht ohne Genehmigung dort Parkplätze er-

richten“), warnte der Bürgermeister. Der reine Erhalt des Gebäudes, bevor weitere Pläne greifen, sei zudem aus ökologischer Sicht (Stichwort: Ölheizung) und mit Blick auf den Personalaufwand für Beheizung, Lüftung und weitere Maßnahmen zum Erhalt nicht vertretbar. Spannend waren zudem Müllers Hinweise, dass er mit der Fertigstellung des Bahnprojekts „i2030“, das für die Entwicklung der diskutierten Fläche eine entscheidende Rolle spielt, erst etwa im Jahr 2040 rechnen, sich das Zeitfenster damit noch weiter ausdehnen würde. Auch sei die Ausschreibung für den Abriss des Gebäudes mit dem Abriss der alten Polizeiwache in der Kochstraße verbunden, wo eine neue Kita entstehen soll (MAZ berichtete). Gegebenenfalls müsste folglich auch bei dieser Planung neu Hand angelegt werden.

„

Dabei ging es uns nie um Wohnbetrieb, sondern um die Schaffung zusätzlicher Stellplätze.

Heiko Müller (SPD)

über den Erwerb des Grundstücks in der Karl-Liebkecht-Straße 130

Launig kommentierte Müllers Brandrede der Grünen-Stadtverordnete Günter Chodzinski: „Der Bürgermeister überrascht mich immer wieder“, konstatierte er. „Er hat immer wieder neue Argumente. Der Kopf arbeitet wirklich immer wieder daran, die eigene Position noch mal zu erhärten, und er findet immer wieder neue Lücken und Argumente.“ Überhaupt würde das Beantstanden und Überprüfen des Stadtobers „bald zur Satire, das müssen Sie sich mal wieder abgewöhnen, das gab es lange Jahre und Jahrzehnte nicht“, merkte er an. Oft gehe es um kleine Formulierungen, „das macht doch einen Antrag nicht gleich rechtswidrig“.

Nach einer guten Stunde folgte der Ausschuss dem Antrag von Rainer van Raemdonck (AfD) auf sofortige Abstimmung. Acht Stadtverordnete stimmten gegen die Empfehlung des Antrags, fünf dafür. Die endgültige Entscheidung liegt nun am 23. Februar bei der Stadtverordnetenversammlung, in der eine Kampfabstimmung sehr wahrscheinlich ist. Vereinbart wurde im Ausschuss auch die Erstellung eines Antwortschreibens an den Petitions-Initiator durch die Verwaltung, welches die Stadtverordneten gegebenenfalls noch verfeinern.